

Widerstand organisieren! Regierung jetzt stürzen!

Die Freiheitlichen hetzen: „Sozialistische Österreich-Beschmutzer – Rote Arbeiterkammer-Privilegien-Bonzen“. Diese Gesinnung prägt die blau-schwarzen Angriffe auf die ArbeitnehmerInnen - von Attacken auf die Arbeiterkammer über die drohende Abschaffung der Kollektivverträge bis hin zu Privatisierungen im großen Stil. Haider hat es immer wieder gefordert: Die restlose Beseitigung des „Sozialismus“ in Österreich. Gemeint ist damit tatsächlich: Den Sozialstaat endgültig zu zerschlagen und eine massive Umverteilung von unten nach oben durchzuführen. Dagegen ist härtester Widerstand – wie Streiks – notwendig!

FLORIAN SEIDL, SLP WIEN NORD

Die neue Regierung unterscheidet sich von der alten vor allem durch die Geschwindigkeit. Wenn früher – gemäß Salamitaktik - noch eins nach dem anderen kam, ist jetzt „durchziehen“ die Parole. Hinzu kommt eine ideologische Komponente: Diese Regierung pfeift offen auf die formale Einbindung der Gewerkschaften in die Entscheidungsprozesse.

KAMPFANSAGE AN INSTITUTIONEN DER ARBEITNEHMERINNEN

Schüssel & Co bemühen sich nicht einmal mehr in Ansätzen um Rückendeckung der ÖGB und AK-Spitze zum Ruhighalten der Belegschaften. Gewerkschaft und AK sind für Blau-Schwarz einfach nur Störfaktoren, die von dieser Regierung bekämpft werden. Bestes Beispiel ist der Vorschlag, die AK-Umlage um 40 % zu kürzen. Die AK leistet Dienste beim Konsumentenschutz, in sozialwissenschaftlichen Fragen und vertritt ArbeitnehmerInnen unentgeltlich vor Gericht gegen Übergriffe der Unternehmer. Das ist Blau-Schwarz ein Dorn im Auge. Deshalb werden jetzt die Privilegien der Kammerfunktionäre herangezogen, aber gleichzeitig die Privilegien in der Privatindustrie verschwiegen. Welcher Privatbetrieb könnte bei einer plötzlichen Budgetkürzung um 40 Prozent überleben? Hier geht es nicht darum, Privilegien abzubauen, sondern eine lästige Institution, die kritisieren könnte, los zu werden. Gleichzeitig gibt die Regierung zu, dass die ArbeitnehmerInnen keinen Schilling von den ersparten Beiträgen sehen würden – die Krankenversicherung soll damit saniert

und die Unternehmer sollen entlastet werden.

POLITIK FÜR DIE ANSTÄNDIGEN UND FLEISSIGEN?

Diese Regierung will die Kollektivverträge zugunsten betrieblicher Regelungen zurückdrängen. Was bedeutet das? Die Aufgabe von Kollektivverträgen ist es, dem einzelnen Beschäftigten dadurch, daß er nicht allein, sondern gemeinsam mit anderen einen Vertrag mit dem Unternehmer schließt, die Möglichkeit zu geben, seine/ihre Interessen durchzusetzen. Künftig sollen ArbeitnehmerInnen bei Gehaltsverhandlungen dem jeweiligen Unternehmer schutzlos ausgesetzt sein. Einzelne ArbeitnehmerInnen und ganze Belegschaften können so - noch besser - gegeneinander ausgespielt werden. Vor allem ältere und kranke ArbeitnehmerInnen – die noch besondere Schutzbestimmungen genießen – können leichter vor die Alternative gestellt werden, entweder für weniger Geld zu arbeiten oder zu gehen. Individuelle statt kollektive Verträge bedeuten eine Anpassung nach unten und weitgehende Rechtslosigkeit der Beschäftigten. Alte und kranke ArbeitnehmerInnen stellen ohnehin das beliebteste Ziel dieser Regierung dar: Der geplante Teilkrankenstand bedeutet, daß zukünftig Kranke arbeiten müssen. Die Pensionsregelungen bringen längere Arbeitszeiten und weniger Pension.

PRIVATISIERUNGEN

Finanzminister Grassler hat die endgültige Vernichtung der öffentlichen Wirtschaft angekündigt. Die Medien schreiben von tausenden bedrohten Arbeitsplätzen.



Internationale Erfahrungen mit Privatisierungen zeigen deutlich, was diese bedeuten. Nicht nur für jene, die ihren Job verlieren, sondern auch für die Preise und die Qualität der Leistungen, die wir erwarten können. Im Falle der Post zum Beispiel werden weniger Postämter, Sortierämter und Personal für entsprechend längere Lieferzeiten und höhere Preise sorgen. Dafür werden Initiativen wie der "Post-Shop" ausgebaut – damit wir endlich unser Handy auch am Postamt kaufen können. Letzten Endes hat die Privatisierung nur einen Sinn: Potentiellen Investoren einen entsprechend fetten Gewinn zu garantieren. Wie das aussieht, hat Richard Brandson in England bereits eindrucksvoll vorgeführt – man kaufe Staatsbetriebe bzw. Überreste dessen zu einem Spottpreis auf, investiere so wenig wie möglich und verdiene Milliarden. Genau darum geht es bei Privatisierungen – um diese Profite. Die Regierung stellt Privatisierungen als unvermeidlichen "Modernisierungsschub" dar – genauso wie die Budgetsanierung

und die damit verbundenen Sozialabbau-maßnahmen. Tatsächlich geht es um Umverteilung von „Unten nach Oben“ und eine ideologische Kampfansage an die ArbeiterInnenbewegung. Wer, außer den bereits angesprochenen Investoren und – kurzfristig – der Finanzminister würde schließlich davon profitieren?

ALTERNATIVEN?!

Die SPÖ ist unglaublich wenn sie jetzt gegen die Regierungslinie auftritt. Abgesehen von ihrer Privatisierungspolitik in der Vergangenheit ist die SPÖ auch jetzt nicht prinzipiell gegen Privatisierungen. Gleiches gilt leider auch für die ÖGB-Spitze. Der ÖGB schickt Protestfaxe. Aber schon jetzt kann sich die Regierung sicher sein, daß der ÖGB nicht freiwillig kämpfen wird. Es kann nicht darum gehen, Sozialabbau durch Sozialabbau zu verhindern, oder Privatisierungen lediglich zu verzögern. Jüngstes Negativbeispiel ist der ÖGB-Vorstoß, das faktische Pensionsalter durch bessere Gesundheitsvorsorge zu erhöhen. Natürlich ist auch

eine bessere Vorsorge nötig! Aber Anliegen des ÖGB soll es sein, unsere Arbeitszeit ohne Verlust von Lohn oder Leistung zu verkürzen und nicht zu verlängern! Gleichzeitig müssen alle Angriffe der Regierung auf das Pensionssystem zurückgeschlagen werden.

WIDERSTAND ORGANISIEREN - REGIERUNG STÜRZEN!

Die SLP kämpft konsequent gegen jede Privatisierung und gegen jeden Sozialabbau. Wir wollen gemeinsam mit allen Betroffenen die brutalen Angriffe der Regierung auf die Arbeiterkammer und andere wichtige Errungenschaften abwehren. Die jetzige Widerstandsbewegung ist zwar gut, aber zu schwach um wirklich etwas gegen diese Angriffe ausrichten zu können. Der logische nächste Schritt wäre eine Verbindung hin zu gewerkschaftlichen Widerstand, zu Streiks an den Dienststellen und in den Betrieben. Eine solche Bewegung könnte nicht nur die geplanten Angriffe zurückschlagen, son-

EU-Osterweiterung

Bei der vieldiskutierten EU-Osterweiterung treffen zwei Argumentationsstränge aufeinander: Nationalismus und Rassismus - als Basis für die Ablehnung der Osterweiterung. Und der Versuch die osteuropäischen Staaten direkt zu integrieren - sprich die osteuropäischen Märkte direkt zu kontrollieren um so Profite zu machen - als Motiv für die Zustimmung zur Osterweiterung. SozialistInnen stehen demgegenüber für internationale Solidarität und Zusammenarbeit zwischen Ost und West auf der einen und gemeinsamen Widerstand gegen Privatisierung, Sozialabbau und Lohndrückerei auf der anderen Seite.

Braune Flecken nach 1945

55 Jahren nach dem Ende des Naziterrors äußert sich der neue SPÖ-Vorsitzende zum Umgang seiner Partei mit Nazis, KZ-Häftlingen, und Vertriebenen. Der fragliche Umgang mit diesen Themen war nicht einfach eine Kette von Fehlern, sondern hatte System. Anstatt sich nach rechts abzugrenzen bemühte man sich spätestens seit Beginn des „kalten Kriegs“ um Abgrenzung gegenüber Linken. Die nicht stattgefundenen Entnazifizierung begegnet uns nicht nur bei der aktuellen Debatte um die Entschädigung vieler Opfer des Nationalsozialismus. Sie zieht sich in gewisser Weise bis zur ausländerfeindlichen Gesetzgebung der SPÖ-Innenminister Schlögl und Löschnak

Lateinamerika im Aufruhr

Als Folge der wirtschaftlichen und sozialen Probleme wird Lateinamerika zum Pulverfaß. In Venezuela, Bolivien und Ecuador gehen die Massen gegen die neoliberale Politik und den Einfluß des US-Imperialismus auf die Straße. Es kommt zu Streiks und Generalstreiks, zu Auseinandersetzungen mit der Polizei. Regierungen müssen abtreten und Populisten erhalten Massenerstützung. Linke Ideen können Fuß fassen, während gleichzeitig noch Organisationen fehlen, die die Bewegungen vorantreiben. Denn wenn die Bewegung nach dem halben Weg stehenbleibt, dann wird sich letztlich an Ausbeutung und Unterdrückung nichts ändern.

ndpunkt + Der Standpunkt + Der Standpunkt + Der



SONJA GRUSCH, SLP-BUNDESSPRECHERIN

Ein altes Sprichwort sagt „Alles neu macht der Mai“. Zwar haben sie schon etwas früher begonnen, doch setzen alle Parlamentsparteien auf Veränderung und versuchen sich in einem neuen anderen Licht zu präsentieren. Die Grünen haben den Patriotismus für sich entdeckt: Sie und nicht die Regierung seien die echten Patrioten. Vielleicht werden wir Van der Bellen in Zukunft ja im schmucken Lodenjanker auf Stimmenfang gehen sehen.

In der ÖVP versucht Schüssel das Wunder zu vollbringen, als Marionette selbst an seinen Fäden zu ziehen und verwickelt sich dabei immer weiter. Als Schattenkanzler mit Lizenz zur Rechtfertigung von Haider ist nichts Neues an dieser Partei. Erfolgreich ist sie allerdings bei der Umsetzung ihrer überhaupt nicht neuen Konzepte. Khols verstaubte Bürgergesellschaft wird mittels Sozialabbau, Aushöhlung des Zivildienstes und die uralten Privatisierungskonzepte endlich umgesetzt. Konservative Familien- und Frauenbilder prägen diese Regierung ebenso wie der unerschütterliche Glaube an das Funktionieren der Marktwirtschaft. Neu ist daran

Alles neu?

nun wirklich gar nichts.

Die FPÖ setzt auf neue Gesichter und eine parteiinterne Arbeitsteilung. Haider übernimmt weiterhin den Part des „Robin Hood“ der aus den Kärntner Wäldern für die Armen, Schwachen und Waisen kämpft - Präambel mit Haiderunterschrift hin oder her. Wenn nach Meinungsumfragen die FPÖ Stimmen verliert, wird wiederum über den EU-Austritt „nachgedacht“. Er spielt weiterhin die Oppositionsrolle, obwohl er die Fäden der Partei und auch der Regierung in der Hand hält. Das Ziel ist klar: Bei Neuwahlen wie Phönix aus der Asche zu steigen. Die Regierungsmanschaft der FPÖ soll jetzt die „neue“ geläuterte, konstruktive, fleißige, für Österreich arbeitende FPÖ repräsentieren - um weitere rechtsextreme Tabubrüche vorzubereiten.

Das Aushängeschild und Lieblingskind der Medien dafür ist Finanzminister Grassler. Es ist bezeichnend für den „Widerstand“ der „liberalen Medien“, dass sie diesen neoliberalen Extremisten für das „größte politische Talent seit Kreisky“ halten. Riess-Passer darf den Part von „wir haben auch eine Frau in der Regierung“ geben und bemüht sich redlich, ein unabhängiges Profil zu präsentieren. Und um auch die „erdigeren“ Wählerschichten weiterhin anzusprechen, schiebt Prinzhorn von Zeit zu Zeit eine „Wuchtel“. Aber auch das alles - nicht neu. Die Alibi-Frau heißt nun halt nicht mehr Schmidt und für kernige Sprüche hat die FPÖ zahlreiche Kandidaten - die Inhalte sind aber die gleichen geblieben. Rassismus und massiver Sozialabbau.

Und auch die SPÖ versucht sich mit Neo-Vorsitzendem Gusenbauer ein neues - röteres - Mäntelchen umzuhängen. Nur dass ein bißchen pseudolinke Rhetorik bzw. eine „linke“ Vergangenheit hierzu nicht ausreichen. Gusenbauer steht in der Kontinuität von Schlögl, Klima und Vranitzky - dass er einen Linksruck der SPÖ bedeuten könnte glaubt eigentlich nur Bruno Aigner von der „Initiative für eine sozialistische Politik“ - nicht aber jene, die vom SPÖ-Sozialabbau der letzten Jahre betroffen sind. Neu ist aber doch vieles in Österreich: Die Bereitschaft, politisch aktiv zu werden und Widerstand zu leisten, die Polarisierung und die Politisierung. Die Regierung

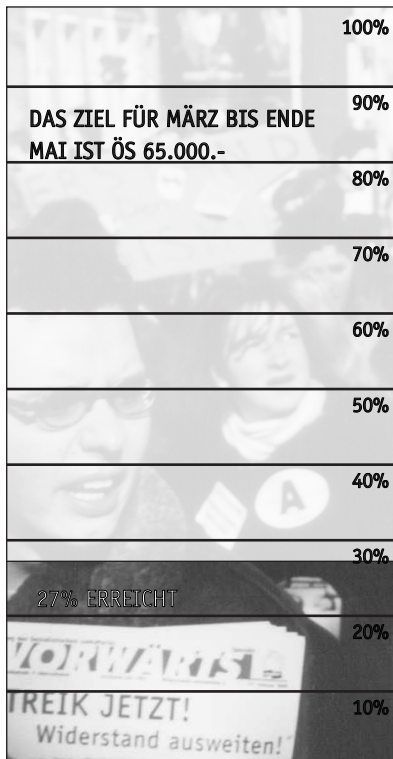
Finanzreport

Unterstützt die SLP

Über drei Monate des Widerstandes gegen die blau-schwarze Regierung veranlaßt diese zu immer neuen Schritten gegen ihre GegnerInnen. Der neueste Versuch, die Opposition mundtot zu machen ist die Streichung des ermäßigten Postversandes. Während die Parteien selbst Subventionen und Förderungen erhalten, geraten Zeitungen wie Vorwärts unter Beschuß. Daß ihnen das nichts nutzen wird ist klar - wie gut unser schriftlicher Widerstand aussieht hängt aber von Dir ab. Denn Vorwärts ist abhängig - von unseren LeserInnen und UnterstützerInnen. Der 1. Mai ist ein internationaler Kampftag der ArbeiterInnenbewegung und ein guter Anlaß für eine Spende!

PSK 8812.733.

Impressum:
Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Redaktion:
Sozialistische Linkspartei (SLP), vormals Sozialistische
Offensive Vorwärts (SOV), 1070 Wien, Kaiserstr.14/11.
Druck: Druckerei Brücke, 1010 Wien, Wipplingerstr.23
Herstellungs- und Verlagsort: Wien
DVR: 0820202 Zulassungsnummer 327808W97U



EU-Osterweiterung

International gegen die EU

Die herrschende Klasse und ihr System haben keine Lösung für die vorhandenen Probleme! Diese Feststellung mag zwar einfach klingen - sie ist aber wahr. Gerade die Debatte zur EU-Osterweiterung zeigt, wie leer die Versprechungen von einem einigen Europa voll Frieden und Gleichberechtigung sind.

FRANZ BREIER JUN.,
SLP WIEN MITTE

Zur Eingliederung von osteuropäischen Staaten in die EU findet man zwei Ansatzpunkte: Der eine verkörpert die Hauptstrategie des europäischen Kapitalismus: Nämlich den Anspruch, den Einfluß auszudehnen und Europa auf kapitalistischer Grundlage zu "einen". Der andere ist die - von Nationalismus und Rassismus geprägte - Ablehnung dieses Konzepts (etwa durch Haiders FPÖ). Letztere flieht in ihren "Kulturkampf" gegen andere Staaten auch einige soziale Argumente mit ein. Diese knüpfen an den gebrochenen Versprechen von sozialem Wohlstand für alle an, die es nach dem Fall des Eisernen Vorgangs 1989 gab: Tatsache ist, dass sich sowohl Preis- als auch Lohnniveau in der EU und erst recht im Verhältnis Zentraleuropa zu Osteuropa nach wie vor extrem unterscheiden. Tatsache ist auch, dass es in Ost und West in den letzten Jahren unter der Fahne der EU/Maastricht massiven Sozialabbau gab. Der Kapitalismus hat die Ungleichheiten zwischen Nord und Süd, Ost und West nicht beseitigen können: Sie sind Hemmnisse für eine reibungslose und rasche Erweiterung der EU, die sich immer wieder in skeptischen Aussagen führender EU-Politiker zur Erweiterung ausdrücken.

WAS TUN?

Es gilt aufzuzeigen, dass es ein Europa der vielen Geschwindigkeiten gibt: Jenes, das der EURO-Zone zuzurechnen ist, eines, welches aus den restlichen EU-Mitgliedern besteht, jene der Beitrittwerber in der ersten Stufe, zweiten Stufe Komplette auf der Strecke bleiben Staaten wie Rußland und die Ukraine - nicht weil sie geographisch nicht zu Europa gehörten, sondern weil es offensichtlich ökonomisch völlig uninteressant ist, sie in die EU einzubinden. Das EU-Europa entpuppt sich also bei näherer Betrachtung als ein Europa der

Spaltung. Als SozialistInnen kämpfen wir gegen diese Spaltung und für internationale Solidarität und Zusammenarbeit von "unten": Gemeinsam gegen die kapitalistische EU und ihre verbündeten Regierungen in Osteuropa. Gleichzeitig Nein zum Nationalismus, der als Reaktion auf die wachsenden zentrifugalen Tendenzen (steigende Ungleichverteilung nicht nur zwischen den Klassen, sondern Regionen und Länder) zunimmt. Nur internationale Planwirtschaft kann eine wirkliche wirtschaftliche Einigung auch über die europäischen Grenzen hinweg sichern. Die Alternative zur EU-Osterweiterung ist also der (Wieder-)Aufbau der internationalen sozialistischen und ArbeiterInnen-Bewegung in Ost UND West und jede Initiative in diese Richtung!

Große Versprechen
wenig gehalten:
Mock und der ungarische Außenminister
Horn beim
Durchscheiden des
„eisernen Vorhangs“

Wiener Wahlen 2001

Widerstand muss antreten

Die Wiener Wahlen sind der nächste wichtige Urnengang, der bevorsteht. Außer natürlich, es gelingt die blau-schwarze Regierung vorher zu stürzen. Diese Wahlen werden von besonderer Bedeutung sein - nicht nur deshalb, weil Wien das größte Bundesland und die Bundeshauptstadt ist. Wien ist das Zentrum des Widerstandes. Rund ein Viertel der Bevölkerung unter 30 Jahren hat direkt an Aktionen gegen die Regierung teilgenommen.

JOHN EVERS, SLP WIEN MITTE

Die Sozialistische Linkspartei (SLP) gehört zum Motor dieser Bewegung: Sie ist nicht nur Teil des „Aktions-Komitees gegen Blau-Schwarz“. Sie hat auch den großen SchülerInnenstreik gegen die Regierung mitinitiiert, sowie an zahllosen Aktionen - vor allem auch im gewerkschaftlichen Bereich - teilgenommen. Die SLP leistet aber nicht nur „Widerstand“, sondern hat von Beginn an versucht, zwei inhaltliche Fragen in die Bewegung einzubringen. Der eine Punkt betrifft die Frage, wie der Widerstand erfolgreich sein kann: Realistisch betrachtet werden Demonstrationen alleine diese Regierung nicht stürzen. Dreh und Angelpunkt bleibt der ÖGB: Wenn der Widerstand nicht durch Streiks in den wichtigsten Betrieben ausgeweitet wird, kann diese Regierung nicht von „unten“ gestürzt werden. Die zweite Frage betrifft die Notwendigkeit einer politischen Alternative „links“ von SPÖ und Grünen.

VIELE HABEN DIE ETABLIERTEN SATT

Alle Versuche von SPÖ und Grünen, die Bewegung für sich zu vereinnahmen, sind bis jetzt gescheitert: Nicht nur die in der Bewegung aktiv Gewordenen, sondern über 1 Million NichtwählerInnen bei

Herbst 2001 stattfinden werden, könnte hier einen wichtigen Impuls darstellen.

SLP WIRD ANTRETEN

Die SLP wird versuchen, die Initiative für eine solche breite „Widerstandskandidatur“ zu ergreifen. Wir glauben nicht, dass es ausreicht, die Alternativen im Wiener Wahlkampf auf SPÖ und Grüne zu beschränken. Als sicher gilt darüber hinaus das Antreten der KPÖ, die in Gesprächen bis jetzt wenig Interesse an dem Versuch einer solchen breiten Initiative gezeigt hat. Sollte unsere Initiative scheitern, wird die SLP in anderer Form antreten und versuchen, auf einer SLP-Liste auch in der jetzigen Bewegung aktive nicht-SLP-Mitglieder einzubinden. Eine solche SLP-Kandidatur würde in besonderer deutlicher Weise pointierte sozialistische Inhalte (wie FacharbeiterInnenlohn für PolitikerInnen, Verstaatlichung unter ArbeiterInnenkontrolle statt Privatisierung, 30 Stundenwoche bei vollem Lohn, Kampf gegen Rassismus und für die Abschaffung aller diskriminierenden Gesetze (...)) in die Wiener Wahlen einbringen.

Konsequent für Widerstand
gegen die Regierung und
für eine neue
ArbeiterInnenpartei:
Die SLP.



Der ÖGB muß jetzt Streiks gegen die Regierung organisieren

Es ist Zeit für Widerstand!

Betriebsversammlungen, sogar einzelne Aktionen auf der Straße, wie die Demonstrationen der HausmeisterInnen und der Angestellten der AK: Der ÖGB ist offensichtlich gezwungen, sich zu bewegen. Doch sind die bisher gesetzten Maßnahmen ausreichend, um dem blau-schwarzen Totalangriff etwas Ernstzunehmendes entgegenzusetzen?

HARALD MAHRER, SLP WIEN NORD

Sehen wir genauer hin, entpuppt sich schnell, dass der ÖGB – oder richtiger seine Spitze – Angst vor der eigenen Courage hat. Betriebsversammlungen werden dezitiert nicht als "Protest"- sondern als "Informations"-veranstaltungen bezeichnet. Gefordert wird oft wenig: Außer die Regierung an den Verhandlungstisch zu bitten.

VERHANDELN BIS ZUM UMFALLEN

Die ÖGB-Spitze beschwert sich bitter darüber, dass sie nicht mehr zu Verhandlung hinzugezogen wird. Sieht mensch sich die »Erfolgsbilanz« der Verhandlungen mit der alten Regierung an, könnte mensch zum Schluss kommen, das Motto der ÖGB-Führung sei: »Sozialabbau - nur mit uns!« Die Sparpakete, die Pensionsreform, die Verschlechterungen im Gesundheitswesen, die Ausweitung der Ladenöffnungszeiten, die Zerschlagung der Verstaatlichten, ... all das wurde in den vergangenen Jahrzehnten durch Verhandlungen mit der ÖGB-Spitze legitimiert. Die Herren in den Gewerkschaftszentralen arbeiten schon wieder eifrig an »Alternativkonzepten« zum Belastungspaket der Regierung. Von echten Alternativen wie Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn, Sozialversicherungsbeiträgen auf Wertschöpfungsbasis, Besteuerung von Besitz, Spekulation und Profit, ... ist nur halbherzig die Rede, real werden lediglich Maßnahmen zur Abfederung der Härtefälle gefordert. Bei vielen Angriffen der Regierung reagiert die Gewerkschaftsführung überhaupt nicht.

Der ÖGB sucht Ausflüchte

„Die Leute wollen ja nicht...“

Vollmundig drohen ÖGB-Vertreter in Pressekonferenzen und Interviews mit dem „Streik als letztem Mittel“. Die Praxis sieht anders aus. Der ÖGB organisiert Dienststellen-, Betriebs- und BetriebsrätInnenversammlungen nicht mit dem Ziel, Widerstand zu organisieren, sondern um Dampf abzulassen. „Wir würden ja gern, aber die Basis will halt nicht“ ist das häufigste Argument, für die Zurückhaltung des ÖGB. Eine Ausrede, die erstens Hausgemacht und zweitens falsch ist.

SONJA GRUSCH, SLP WIEN NORD

Jahrzehntelang hat der ÖGB mit seiner Stellvertreterpolitik, mit seiner Bevormundung und der heiligen Kuh „Sozialpartnerschaft“ die Mitgliedschaft in die Inaktivität getrieben. Die Konferenzen dienten nicht der politischen Meinungsbildung, sondern dem Absegnen der Führung. Die Politik der SPÖ-Regierung wurde mitgetragen und unterstützt. Da wundert es nicht, wenn die Mitglieder

keine Erfahrung mit Aktionen, Versammlungen oder gar Streiks haben. Nachdem Tatsachen geschaffen wurden, müssen diese nun noch als Argument gegen Kampfmaßnahmen erhalten. Obwohl trotz fehlender Erfahrung die Stimmung an der Basis weit radikaler ist, als es dem ÖGB lieb ist. Schon in der Vergangenheit haben interne Umfragen ergeben, daß die Mitglieder ihre Gewerkschaft lieber kämpferischer sehen würden.

ECHTER WIDERSTAND IST NÖTIG

Um die Generalangriffe auf die ArbeiterInnenbewegung abzuwehren und mehr noch, längst fällige Verbesserungen zu erreichen, wird wohl mehr notwendig sein, als wehleidiges Lamentieren über geschwundene Verhandlungsbereitschaft. Will der ÖGB Teil der Lösung sein, und nicht Teil des Problems, muss er beginnen den Widerstand in die Betriebe zu tragen und ihn mit der Bewegung außerhalb der Gewerkschaft zu verbinden. Mit einem mutigen Programm, das echte Lösungen für die Probleme der Mehrheit der ArbeitnehmerInnen anbietet, könnte der ÖGB die 1,5 Millionen Mitglieder mobilisieren und den blau-schwarzen Sozialabbauern schnell die rote Karte zeigen. Die Sozialistische LinksPartei argumentiert seit Beginn der Widerstandsbewegung in und außerhalb der Gewerkschaft, wie der Widerstand weiterentwickelt werden könnte, wie gewerkschaftlicher Widerstand effektiver sein könnte und vor allem wie

Widerstand in und außerhalb der Gewerkschaften zusammenwachsen kann. Unter zwei Schlagwörtern könnten diese Ideen zusammengefasst werden: Information und Mobilisierung.

Wir schlagen eine umfassende Aufklärungskampagne in den Betrieben nicht nur über die Attacken der Regierung, sondern auch über mögliche Widerstandsformen vor. Die Betriebsversammlungen sollen nicht nur informieren, sie sollen gleichzeitig klar das Ziel verfolgen, der Regierung Widerstand entgegenzusetzen. Des weiteren schlagen wir eine gesamtösterreichische BetriebsrätInnenkonferenz vor, die sich das Ziel steckt, klare Aktionen vorzubereiten.

MOBILISIERUNG

Die SLP schlägt vor, einen Aktionstag mit Streiks in verschiedenen Betrieben als ersten Schritt der Mobilisierung der Mitgliederbasis des ÖGB zu organisieren. Um diesen Ideen in der Gewerkschaft Gehör zu verschaffen, startete die SLP eine Unterschriftenaktion, welche die oben genannten Punkte zusammenfasst. Die am 5. Mai stattfindende BetriebsrätInnenkonferenz in Wien ist ebenso ein richtiger Ansatz wie der bereits geplante ÖGB-Aktionstag am 16. Mai. Aber beides ist nicht genug. Der 16. Mai muß durch Warnstreiks in Betrieben, wie Post, Telekom, ÖBB, ... Nachdruck ausüben. Für Juni bereitet die SLP gemeinsam mit VertreterInnen des GLB ein BetriebsrätInnentreffen vor, auf welchem Bilanz über die bisherige Bewegung gezogen und eine gemeinsame Vorgehensweise für die kommende Zeit beraten werden soll. Es geht darum, jetzt mit kämpferischen Ideen im ÖGB Schritte für eine Mobilisierung der Mitglieder zu setzen und jene Menschen im ÖGB, die bisher oft vereinzelt und allein

Unterschriftenlisten und Informationen zu den Aktivitäten der SLP-Gewerkschaftsgruppe unter: 01/524 63 10

Sozialistische Linkspartei
SLP

Es ist Zeit für Widerstand!

Wir können die blau-schwarzen Angriffe nicht hinnehmen! Es liegt vor allem am ÖGB, jetzt zu handeln. Deshalb unterstütze ich mit meiner Unterschrift folgende Forderungen:

- Umfassende Aufklärungskampagne über die Pläne der blau-schwarzen Regierung.
- Beteiligung an den wöchentlichen Donnerstagsdemonstrationen in Wien.
- Betriebsversammlungen und Informationsveranstaltungen, um die Kolleginnen und Kollegen auf die schwierige Situation vorzubereiten.
- Einberufung einer gesamtösterreichischen BetriebsrätInnenkonferenz, um weitere Kampfmaßnahmen zu beraten.
- Der bundesweite Aktionstag des ÖGB am 16. Mai soll mit Streiks in den betroffenen Betrieben verbunden werden!

Name	Adresse	Betrieb/Funktion	Telefon	E-Mail	Unterschrift

AK-Wahl in Wien

GLB wählen!

Die heurigen Arbeiterkammerwahlen stehen im Schatten der Politik der neuen Bundesregierung. Kaum eine Woche ohne neue Attacken auf die Rechte der Beschäftigten. Pensionen und Krankenversicherungen werden auf dem Rücken der arbeitenden Menschen zusammengekürzt: Alt und krank zu werden, wird zu einem Privileg derer, die sich teure Zusatzversicherungen leisten können.

ALI KROPF, SLP WIEN SÜD

Im Sog der Auseinandersetzung mit der blau-schwarzen Regierung wird die AK-Wahl von den "großen" Fraktionen (FSG, ÖAAB und FA) zu einer riesigen Materialschlacht. Die FPÖ benutzt die Wahl, um die Arbeiterkammer mit Hetzparolen – wie Hackeln statt Packeln – zu diffamieren, die ÖVP hält sich mehr oder weniger "nobil" zurück und die SPÖ setzt auf die Oppositionskarte. Seit dem Wechsel von Klima zu Gusenbauer versuchen SPÖ und FSG sich in Worten als die Verteidigerin der Rechte der Beschäftigten zu präsentieren und den Frust gegen die asozialen Maßnahmen und Pläne der Regierung zu vereinnahmen. In Wirklichkeit aber haben genau sie diese Politik des Sozialabbaus federführend mitgetragen und salonfähig gemacht. Es ist mehr als ungläubig, wenn die FSG heute in ihrem Wahlkampf für "soziale Gerechtigkeit" eintritt und flächenmäßig plakatiert. Sie hatten schon bis jetzt in den meisten Bundesländern und vor allem auch in der Bundesarbeitskammer die Mehrheit. Wo war ihr Widerstand gegen die neoliberale Sparpolitik der letzten Jahre und vor allem wo organisieren sie jetzt konkreten Widerstand gegen die Pläne und Maßnahmen der Regierung? Sie beschränken sich auf Sonntagsreden und verströmen gemeinsam mit dem ÖGB die Beschäftigten auf den "St. Nimmerleinstag". Die FSG ist also weder eine Alternative noch bedeutet ihre Stärkung in der AK aktiven Widerstand gegen den Sozialabbau. Sie stehen für die Beibehaltung der "alten" Politik der Sozialpartnerschaft anstelle von Aktivitäten der Betroffenen. Darum braucht es eine andere, klare Alternative! Das Wahlbündnis des GLB, verschiedenen MigrantInnengruppen und der SLP ist ein positiver Ansatzpunkt für eine solche Alternative. Mit Michael Gehmacher auf der Wiener Liste des GLB kandidiert jemand, der sich - wie andere GLB-KandidatInnen auch - seit dem ersten Tag der neuen Regierung an den Protesten und Demonstrationen beteiligt. Auf der Liste des GLB kandidieren keine Spitzenfunktionäre à la Herbert Tumpel, sondern BetriebsrätInnen und

Betroffene der Sparpolitik der Regierung. Jede Stimme für den GLB ist eine Stimme für den aktiven Widerstand. Der GLB spricht sich in seiner Erklärung zum AK-Wahlkampf klar gegen das Festhalten an der Sozialpartnerschaft durch AK und ÖGB aus: Ein solches wäre Verrat an den Interessen der ArbeitnehmerInnen. Weder GLB noch SLP können sich eine Materialschlacht wie die anderen Fraktionen leisten. Dafür gehen wir in die Betriebe und diskutieren mit den Beschäftigten und versuchen, sie von der Notwendigkeit, eine linke Alternative aufzubauen, zu überzeugen. Nur so können wir die Dominanz der großen Fraktionen durchbrechen und den Protesten und dem Frust der Beschäftigten eine Stimme in der AK in geben. Gerade in der jetzigen Polarisierung kommt es auf jeden einzelnen an, in seinem Umfeld für eine Stärkung der Linken in der AK aufzutreten und selbst für den GLB und damit den aktiven Widerstand zu stimmen.

"Keine Freifahrt für die Privatisierer.."

Mach deinen Frust zu Widerstand!

"35 Jahre geschuftet - abgebaut & ausgesaugt.."

Mach deinen Frust zu Widerstand!

"Kommunaltbetriebe privatisieren ist Müll!!"

Mach deinen Frust zu Widerstand!

"Zeit zu handeln - Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich!"



Gegen Privatisierung hilft nur Streik.

Die braunen Flecken nach 1945: Nicht Fel

Am 06.04.2000 - 55 Jahre nach Kriegsende - stellte der neue SPÖ-Vorsitzende Alfred Gusenbauer eine Erklärung zu den „Braunen Flecken“ in der SPÖ vor. Stolz verweist seine Resolution "Klarheit in der Vergangenheit - Basis für die Zukunft" auf die Vorleistungen, die in dieser Frage bereits unter Alt-Bundeskanzler und Ex-Parteivorsitzendem Vranitzky erbracht wurden. Schon dieser - heißt es - traf die "befreiende" Feststellung, dass ÖsterreicherInnen sowohl Opfer als auch Täter waren. Doch warum mußten wir fünf Jahrzehnte auf Vranitzkys und jetzt Gusenbauers Erklärungen warten?

JOHN EVERS, SLP WIEN MITTE

Die Beantwortung dieser Frage ist einfach, aber peinlich: Opfer und vor allem Täter spielen im öffentlichen Leben Österreichs heute nur mehr eine geringe Rolle - viele sind inzwischen verstorben. Das Schielen auf die Stimmen und Stimmung der Kriegsgeneration wird zunehmend unwichtiger. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, dass der einzige gewichtige Protest gegen die Gusenbauer-Erklärung in der SPÖ von Pensionistenchef Karl Blecha zu vernehmen war. Die Arbeitsteilung zwischen Gusenbauers Präsentation und Blechas Protest erfolgte so synchron, dass hinter vorgehaltener Hand sogar von einer Absprache zwischen den beiden Parteifreunden die Rede war.

WENIG NEUES AUS DER SPÖ-ZENTRALE

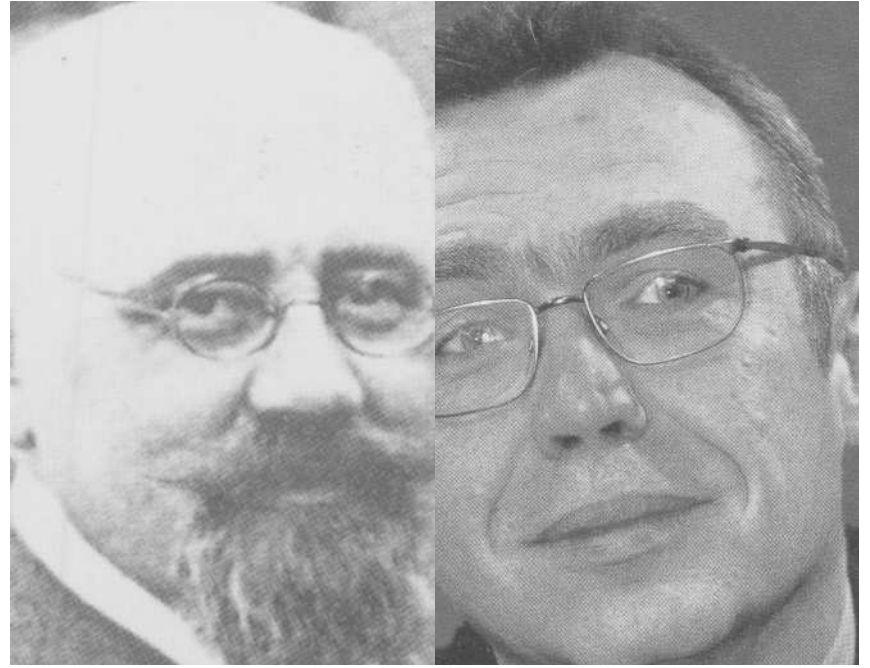
Das Papier "Klarheit in der Vergangenheit - Basis für die Zukunft" listet eine Reihe von lange bekannten Fakten auf: Sozialdemokraten die nach 1934 zu Nazis wurden, die Billigung des "Anschlusses

rungen: Die Entnazifizierung wird als "unvollkommen" durchgeführt beschrieben. Bereits 1979 wurde demgegenüber in einem vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW) herausgegebener Sammelband festgestellt, daß nach 1945 "eine Fundamentalabrechnung mit dem Faschismus ausblieb". 14 Jahre später (1993) wird im Nachfolgewerk des DÖW, dem "Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus", dieser Standpunkt noch deutlicher ausgeführt: Die Entnazifizierung wurde zwar unter Druck der Alliierten begonnen, sie war aber wegen "des Umfangs" und "des ab 1946 wachsenden Unwillens der österreichischen Politiker zum Scheitern verurteilt".

WARUM ANTIFASCHISTINNEN NICHT MEHR KAMEN ...

Über die ins Exil geflohenen ÖsterreicherInnen heißt es nur, daß sie "nach 1945 nicht in adäquater und angemessener Weise zur Rückkehr nach Österreich eingeladen wurden". Gerade dieser Punkt bildet ein interessantes Kapitel der SPÖ-

Organs AZ). Verbunden mit dieser Angst war eine wesentliche politische Komponente: Die ideologische Auseinandersetzung zwischen Rechten und Linken in der SPÖ. Letztere verstanden sich in der Tradition der "Revolutionären Sozialisten" (Bezeichnung der illegalen Sozialdemokratie nach 1934), oder zumindest des linken austromarxistischen Theoretikers Otto Bauer. Sie traten für ein deutliches klassenkämpferisches Profil der Partei und gegen die "Koalitionsgeginnung" ein. Der Großteil jener, die unter der faschistischen Dikta-



SPÖ Ikone Renner :
Bleibt sein Bild an
den Sektionswänden - vielleicht sogar
neben dem des neuen Parteivorsitzenden
Gusenbauer -
hängen?

DER FEIND STEHT LINKS

In einem Punkt spricht die Erklärung sehr klar die Wahrheit aus: Relativ kurze Zeit nach dem Krieg" war die "Auseinandersetzung mit dem aktuellen Kommunismus und Stalinismus wichtiger (...), als die Auseinandersetzung mit dem überwundenem Regime des Nationalsozialismus". Der damalige SPÖ-Vorsitzende Schärf brachte es 1946 noch besser auf jenen Punkt, der die enge Zusammenarbeit mit der ÖVP und das spätere Buhlen um die ehemaligen Nazis nach 1945 rechtfertigte: "Der Feind steht links". Die Durchsetzung dieser Linie ist nicht zu trennen von dem bereits angedeuteten Richtungsstreit zwischen Rechten und Linken in der SPÖ nach 1945. Die Parteilinke - die für eine konsequente Entnazifizierung eintrat - schlitterte letztlich 1947/48 in die totale Niederlage. In einer Säuberungsaktion wurden ihre führenden ExponentInnen ausgeschlossen und verleumdet, in einem Fall - jenem der Nationalrätin Hilde Krones - sogar in den Selbstmord getrieben. Bei der Hexenjagd gegen Linke wurden alte Feindbilder der Nazis bemüht: Innenminister Helmer sprach 1947 von "eingeschleusten Ausländern", die aus dem Osten kämen, um in Österreich Unruhe zu stiften. Parallel dazu verlief die Öffnung gegenüber den "Ehemaligen", die 1949 erstmals wählen durften.

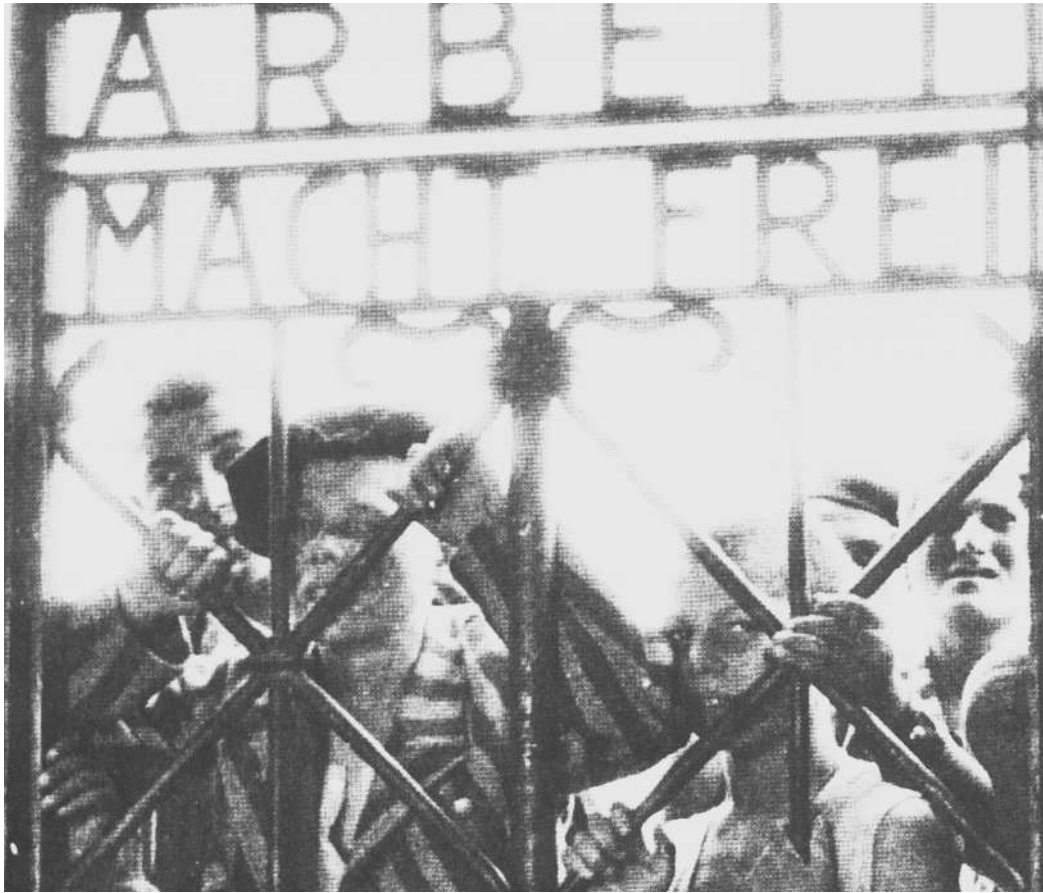
DIE SPÖ UND DER VDU/FPÖ

Über die Rolle der SPÖ-Spitze bei der Gründung der FPÖ-Vorläuferorganisation Verband der Unabhängigen (VdU) heißt es in der Gusenbauer-Erklärung: Es habe eine "positive Haltung einzelner Mitglieder der SPÖ-Führung zur Gründung" des VdU gegeben, die "nicht nur mit demokratischer Uneigennützigkeit zu tun hatte". Doch worin bestanden dann die Gründe für die positive Haltung der einzelnen Mitglieder der SPÖ-Führung zum VdU? Während die ÖVP auf die Integration der Ehemaligen, durch die Aufnahme hoher Nazi-Funktionäre in die Spitzengremien setzte, strebte die SPÖ-Führung die Gründung einer eigenen Partei für diese Leute an. Der VdU war als eigene politische Kraft des "3.Lagers" konzipiert, das sich auf die deutschnationalen Traditionen der Zwischenkriegszeit berief und gleichzeitig aus den alten Nazis rekrutierte. Die SPÖ-Führung wollte mit dieser Strategie das bürgerliche Lager spalten, um so die damalige Mehrheit der ÖVP langfristig zu brechen. Dem erstmaligen Antreten des VdU im Jahre 1949 gingen - so der SPÖ-Historiker Stadler - intensive Kontakte und "Hilfe-

leistungen (!)" - durch die SPÖ bevor. Jene Teile der SPÖ, die sogar die Integration des VdU in eine künftige Regierung anstrebten, konnten sich allerdings nicht durchsetzen. Die Strategie der SPÖ-Führung führte damals nicht einmal kurzfristig "zum Erfolg": Der VdU erhielt bei den Wahlen (1949) 16 Mandate, sowohl ÖVP wie SPÖ verloren 8 Mandate. Die Gründung und das Antreten des VdU war für die österreichische Nachkriegsgeschichte von zentraler Bedeutung: Mit der Kandidatur einer rechtsextremen Kraft, nur vier Jahre nach dem Sturz des Faschismus, kann die kritische Auseinandersetzung mit dem NS-Erbe als abgeschlossen betrachtet werden. Der sogenannte antifaschistische Nachkriegskonsens war einem antikomunistischen Konsens zwischen SPÖ, ÖVP und VdU gewichen. Darüber hinaus fand seit damals der Rechtsextremismus in Österreich in der VdU und ihrer Nachfolgerin der FPÖ ein Sammlungs- und Rekrutierungsfeld. Mehrere Male in der Geschichte der 2.Republik sorgte die SPÖ-Spitze nicht nur für die Integration der FPÖ ins politische System, sondern auch für deren politisches Überleben: 1962 stand die FPÖ vor dem finanziellen Ende - der SPÖ-Verbindungsmanager Franz Olah ließ ihr 1 Million aus Gewerkschaftsgeldern zukommen. 1970 einigte sich die SPÖ unter Kreisky mit der FPÖ auf eine Wahlrechtsreform die den Freiheitlichen langfristig den Verbleib im Parlament sicherten. Nur diese beiden Beispiele zeigen, welche Verantwortung die SPÖ-Spitze dafür trägt, daß Haider in der FPÖ jene Fundamente vorfand, auf denen er seinen Siegeszug aufbauen konnte.

ANTIKOMMUNISTISCHER BURGFRIEDE STATT ANTIFASCHISMUS

Die Schachzüge der SPÖ nach 1945 sind nicht auf Fehler einzelner PolitikerInnen zurückzuführen. Einer der Führer der SPÖ-Linken, Zentralsekretär Scharf, formulierte 1945 die Alternativen für die Partei: "Burgfrieden" oder "Klassenkampf". Der Burgfrieden mit der österreichischen und internationalen Bourgeoisie setzte sich - im Gegensatz zur Zwischenkriegszeit - klar als Parteilinie durch. Nur im Zusammenhang mit diesem "Burgfrieden" und der Festigung des österreichischen Kapitalismus nach 1945, sind die "braunen Flecken" der SPÖ zu verstehen. Der Opfermythos als ideologische Grundlage für die Wiederentstehung der österreichischen Nation, ist nicht zu trennen von der Integration der Ehemaligen. Denn wenn alle ÖsterreicherInnen Opfer des NS-Regimes waren, kann es keine Täter



KZ: Wer überlebte
war nach 1945 oft
nicht willkommen

1938" durch den späteren Bundespräsidenten Karl Renner, die fragwürdige Opferthese, der Fall Gross ... Alles in allem besteht die wesentliche "Neuigkeit" dieser Erklärung darin, daß sich erstmals ein SPÖ-Vorsitzender zu diesen Fakten bekennt. Doch damit alleine wird weder "Klarheit in der Vergangenheit" noch eine "Basis für die Zukunft" geschaffen. Ungeklärt bleibt nämlich die Frage, in welchem historischen Rahmen die SPÖ über Jahrzehnte hinweg diese Politik betrieb, sowie wie es um die Auswirkungen und Folgen davon auf Gegenwart und Zukunft bestellt ist.

ENTNAZIFIZIERUNG

Selbst auf der Ebene der Aufzählung der braunen Flecken, bleibt die Gusenbauer-Erklärung oft hinter dem Wissensstand zurück, bzw. undeutlich in den Formulie-

Nachkriegs-Geschichte: Warum wurden viele SozialdemokratInnen nicht in "angemessener" Weise zur Rückkehr gebeten? An die Schaltstellen der Macht setzten sich 1945 Leute, die im Lande geblieben waren - und oft bereit waren sich mit jeder Macht zu arrangieren. Karl Renner etwa, hatte zwar 1938 - wie schon angeführt - den „Anschluß“ begrüßt.. Umgekehrt stellte es für ihn 1945 kein Problem dar, "dem sehr geehrten Genossen" Stalin "ergeben" mitzuteilen, daß das "Vertrauen der österreichischen Arbeiterklasse in die Sowjetunion grenzenlos geworden" sei. Renner wurde der erste Regierungschef. Die Angst dieser „Frühdagewesenen" - wie Renner und der spätere SPÖ-Parteivorsitzende Adolf Schärf - "vor den Späterkommenden" war "sehr merklich" (so Oscar Pollak, Chefredakteur des SPÖ-

tur gezwungen waren, das Land zu verlassen, verstand sich als "links", oder wurde zumindest einer solchen Gesinnung verdächtig. Kein Wunder, daß Leute wie Renner und Schärf - die schon in der Ersten Republik am rechten Flügel der SP gestanden waren - kein Interesse an der Rückkehr dieser Menschen hatten: "Im Augenblick sieht es für Eure Rückkehr nicht vielversprechend aus" (Renner an Karl Heinz Sailer). Der Antifaschist Otto Leichter schrieb über einen Brief von Adolf Schärf zu dieser Frage: Juden können zurückkommen, "sie werden sich aber durchaus unwohl fühlen" (...) "Aber Nichtjuden, die weggegangen sind - so fügte Genosse Schärf ausdrücklich hinzu - mit denen sind wir fertig".

Wähler sondern System

gegeben haben. Die Ablöse der (angekündigten) Entnazifizierung, durch die Ausgrenzung aller die links standen - und als KommunistInnen denunziert wurden - ist eng mit der Errichtung der Sozialpartnerschaft verknüpft.

DER FALL OMOFUMA?

Die Schwäche der nach 1945 isolierten Linken gepaart mit dem fast völligen Fehlen von gewerkschaftlichen Mobilisierungen - wie Streiks - in Österreich ist ein Merkmal der Nachkriegsgeschichte, das bis heute wirkt. Das Fehlen eines effizienten "Drucks von Links" bedeutete unter anderem eine relativ breite Betätigungsmöglichkeit für rechtsextreme und neonazistische Kräfte. Gleichzeitig erlaubte es der SPÖ-Führung und einzelnen SPÖ-Funktionären - bei Bedarf - ungeniert auf den rechten Rand und dessen Parolen zurückgreifen zu können. SPÖ-Minister mit NS-Vergangenheit stellten keinen Tabubruch dar, der massiven Widerstand hervorrief. Ebenso wenig wie die Tatsache, daß die SPÖ 1983 zum ersten Mal in der Geschichte die FPÖ in die Regierung holte. Diese Koalition wurde immerhin vom "Handsschlagskandal" des damaligen Verteidigungsminister Frischenschlager (FPÖ) mit dem Kriegsverbrecher Reder begleitet. Neben der Ignoranz gegenüber solchen symbolischen Fragen ist rechter Populismus durchaus auch ein Fixstern in der SPÖ-Politik nach 1945: Die diskriminierende Politik der SPÖ-Kärnten gegenüber der slowenischen Minderheit ist dafür ebenso ein Beispiel, wie die bis heute offene Debatte um die "braunen Flecken rund um den Welser (Ex-)Bürgermeister Bregartner (SPÖ). An diese Traditionen knüpfte letztlich auch die neue AusländerInnengesetzgebung unter Löschnak und Schlögl an. Reder, Bregartner, SPÖ-Kärnten und schließlich auch der Fall Omofuma - all das findet keine Erwähnung und Erklärung im Gusenbauer-Papier.

DIE VERANTWORTUNG FÜR HAIDERS AUFSTIEG

Die Rolle der SPÖ-Spitze für die Entstehung und die spätere Festigung der FPÖ ist nur ein Aspekt, den es im Zusammenhang mit Haider's Aufstieg zu beachten gilt. Der zweite wesentliche Punkt für den Höhenflug der FPÖ ab 1986 ist der Wandlungsprozess der SPÖ unter Vranitzky und später Klima. Die SPÖ vollzog als Regierungspartei ab Anfang/Mitte der 80er Jahre federführend die neoliberale Wende in Österreich: Privatisierungen, Sozialabbau, der EU-Beitritt und zwei massive Sparpakete in den 90er Jahren drücken diese Wende aus. Die Gusenbauer Erklärung spricht korrekt im Zusammenhang mit den historischen Voraussetzungen für den Aufstieg des Nationalsozialismus von einer "ökonomischen, gesellschaftlichen und politischen Krise" in der Zwischenkriegszeit. Doch wie sieht es mit der Verantwortung der SPÖ-Spitze für den Aufstieg der FPÖ aus? Die neoliberale Wende der SPÖ-Führung bedeutete große soziale Probleme für breite Bevölkerungsteile und eine tiefe politische Krise für die SPÖ und die österreichische ArbeiterInnenbewegung. Betroffen von den Maßnahmen der sozialdemokratisch geführten Regierung waren vor allem das Industrieproletariat durch Massenentlassungen, sowie ArbeitnehmerInnen und sozial Schwache

im Allgemeinen - also die traditionellen Mitglieder und WählerInnenbasis der SPÖ. Diese Basis lief der SPÖ in Scharen davon: Die Mitgliederzahlen fielen von 700.000 (1986) auf unter 400.000 heute. Der Wandlungsprozeß der SPÖ zu einer neoliberalen, bürgerlichen Partei war die wesentliche Basis für Haider's Aufstieg. Die FPÖ nahm ihre Chance geschickt wahr und füllte mit ihrem Populismus teilweise das Vakuum, das ihr die SPÖ hinterlassen hatte.

WELCHEN KAMPF GEGEN DIE FPÖ BRAUCHEN WIR?

Schon Ex-Kanzler Franz Vranitzky versuchten die "Spin-Doktoren" als Anti-Haider hochzustilisieren. Gusenbauer ist daran gelegen, diesen Kurs fortzusetzen, und das WählerInnenpotential, das gegen Blau-Schwarz aktiv ist, für die SPÖ anzusprechen. Antifaschismus und Vergangenheitsaufarbeitung als Neupositionierung sind natürlich nichts Verwerfliches - auch wenn das taktische Kalkül bei der jetzigen Erklärung durchsichtig ist. Doch für welchen Kampf gegen Rechts stehen Vranitzky und jetzt Gusenbauer? Die Resolution erwähnt gleich zu Beginn - korrekt - die große Tradition der Sozialdemokratie im Zusammenhang mit dem Kampf gegen Faschismus und Krieg. Doch die beiden Eckpfeiler dieser Tradition - der bewaffnete Aufstand gegen den austrofaschistischen Putsch 1934 und die Untergrundarbeit der Revolutionären Sozialisten - bleiben unerwähnt. Das ist kein Zufall! Die meisten TeilnehmerInnen am Februaraufstand zogen aus den Ereignissen von 1934 den Schluß, daß jedes Zurückweichen gegen die Reaktion falsch gewesen war. Der Aufruf zu aktiven Streiks - und letztlich zum Generalstreik - gegen die rechte Gefahr hätte schon viel früher stattfinden müssen, um weitere Angriffe zu verhindern und die Regierung zu stürzen. Die illegalen Revolutionären Sozialisten standen - im Geiste dieser Erfahrung - programmatisch weit links und traten für die unmittelbare Verknüpfung des antifaschistischen Kampfes mit der sozialistischen Revolution ein. Historisch und programmatisch hat die Gusenbauer-SPÖ mit diesen - antifaschistischen - Traditionen nichts mehr am Hut: Niemand denkt in der SPÖ-Spitze daran, zu versuchen, die blau-schwarze Rechtsregierung durch Streiks zu stürzen. Der neue Antifaschismus der SPÖ beschränkt sich im Wesentlichen auf die - eigentlich selbstverständliche - Kritik an den NS-Verbrechen und am langjährigen Umgang damit. Die SPÖ-Spitze scheut, entgegen der Ankündigung im Papier, die offene Auseinandersetzung mit Faschismus, Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit. Sie tut nichts für die Mobilisierung gegen diese Regierung und ihr Programm. Kein Wunder - wurden doch große Teile dieses Programms vom geplatzten Koalitionspakt zwischen SPÖ und ÖVP abgeschrieben. Nicht einmal das Symbol Karl Schlögl - immerhin Befürworter einer Zusammenarbeit mit der FPÖ - wurde abgesetzt. So ist nicht einmal ausgeschlossen, dass rechtspopulistische Töne auch unter Gusenbauer ertönen werden. Eines ist jedenfalls sicher: Der neoliberale Kurs, der Haider großgemacht hat, wird nicht aufgegeben. Die SPÖ will sich letztlich als die staatstragende Alternative positionieren, die diesen Kurs besser - weil eben

Schaumayer und Krone: Wenig übrig für die Opfer des NS-Terrors



Warten bis zum Sanktnimmerleinstag

Arisierungen und Zwangsarbeit waren die wichtigsten Stützpfeiler der Kriegswirtschaft sowie der Sozial- und Beschäftigungspolitik des Dritten Reiches. Alleine 1944 wurden über sieben Millionen ZwangsarbeiterInnen in der deutschen Produktion eingesetzt. Während deutsche und österreichische Konzerne bis heute von den Leistungen dieser Menschen und der durch sie erwirtschafteten Gewinne profitieren, warten die Betroffenen immer noch auf Entschädigungen.

PIA ABEL, SLP WIEN SÜD

Die austrofaschistische Diktatur war unfähig gewesen, die Auswirkungen der kapitalistischen Weltwirtschaftskrise in den Griff zu bekommen: Massenarbeitslosigkeit prägte die Zeit von 1934 bis 1938. Die beispiellose Rüstungskonjunktur in NS-Deutschland - zwischen 1933 und 1938 wurden die öffentlichen Investitionen in die Wehrmacht mehr als verzweifelt - setzte nach dem "Anschluss" auch in Österreich ein. Mit großem Propagandaaufwand wurden Großprojekte wie Autobahnbau, Kraftwerksbauten und die Errichtung der Hermann-Göring-Werke in Linz begonnen. Bereits vor der "Volksabstimmung" waren die ersten großen Rüstungsaufträge vergeben worden. Mit einem Schlag wurde so nicht nur die Arbeitslosigkeit beseitigt, sondern auch ein erheblicher Arbeitskräftemangel herbeigeführt. Allein 1938 nahm die Zahl der unselbständig Beschäftigten in Österreich um 180 000 zu. Der Krieg erhöhte den Bedarf an Arbeitskräften dramatisch. Vor allem die besetzten Gebiete in Osteuropa - für die die Nazis Kolonisierung, Versklavung und Vernichtung großer Teile der Bevölkerung aus "rassischen Gründen" vorsahen - wurden zum (Zwangs-) Rekrutierungsfeld für die deutsche Wirtschaft. Die österreichische Wirtschaft war in diese Prozesse voll integriert: Die österreichischen Schlüsselindustrien übernahmen 1938 deutsche Großkonzerne wie IG-Farben, Krupp und Henschel. Die wichtigste Form der "Eigentumsumschichtung" betraf jenen Bevölkerungsteil, der als jüdisch galt: Zunächst spontan begonnene Pogrome der österreichischen Bevölkerung gegen Jüdinnen und Juden leiteten die "wildern", später die "organisierten" Arisierungen ein. Insgesamt wurde die österreichische Wirtschaft von 1938 bis 1945 von rund 1 Million ZwangsarbeiterInnen auf und ausgebaut.

HUNDERTE MILLIARDEN VORENTHALTEN Österreich ging nach dem zweiten Weltkrieg nicht nur auf Kosten der einge-

setzten Konzentrationslagerhäftlinge und ZwangsarbeiterInnen industrialisiert hervor. Die NS-Politik bedeutete eine massive Vermögensverschiebung, sowohl in Österreich selbst wie auch in den von den Nazis besetzten und ausgebeuteten Gebieten und den von dort transferierten Gütern. Berechnungen über die geleistete Arbeit und den materiell erfassbaren erlittenen Schaden der ZwangsarbeiterInnen würde unglaubliche Schadenersatzsummen zu Tage bringen: Ariel Muszicant (Isrealitische Kultusgemeinden) schätzt den Wert des nicht rückerstatteten jüdischen Vermögens in einer Größenordnung von 200 Milliarden ein. Von der offiziellen österreichischer Seite wurde all das konsequent ignoriert. Die Rückstellung des jüdischen Vermögens fand nur bedingt statt: Vor allem die Rechtsgeschäfte mit staatlichen Transaktionspartnern (sprich Zwangsverkäufe) und die bei allen Verkäufen jüdischen Vermögens eingehobenen, extrem hohen Steuern (Reichsfluchtsteuer und sogenannte Sühneleistung) - sind vernachlässigt worden. Weder die Erträge aus diesen Unternehmen, noch der durch die Notsituation und den Massenverkauf erzielte extrem niedrige Kaufpreis - ganz zu schweigen von Zinsen und Zinseszinsen - wurden berücksichtigt. Nach 1945 wurden keine entsprechenden gesetzlichen Regeln geschaffen, um diese "Geschäfte" auf zivilrechtlicher Ebene einklagen zu können. Darüber hinaus zeigte der österreichische Staat weder in der Rückstellungsfrage noch in der Entschädigungsfrage den politischen Willen, sich der in der NS Zeit entstandenen ökonomischen Bereicherung zu stellen.

DIE SACHE IN DIE LÄNGE ZIEHEN

"Ich bin dafür, die Sache in die Länge zu ziehen" - das ist die bezeichnende Äußerung des österreichischen Innenministers Helmer (SPÖ) über die Entschädigung der Jüdinnen und Juden. In dieser Frage herrschte Konsens zwischen den Partnern der Nachkriegskoalition ÖVP und SPÖ. Die Grundlage für diese Haltung ist die

Geschichtslüge "Österreich war das erste Opfer Nazideutschlands". Das "Vergessen" auf die Frage nach den österreichischen Tätern, bedeutete nicht nur ein rasches Ende der sogenannten Entnazifizierung. Auch der Punkt der ökonomischen Bereicherung der Konzerne an den Opfern blieb dadurch bis heute ausgeblendet. Die nationale Identität Österreichs wurde zu einem guten Teil auf dem Rücken dieser Opfer aufgebaut.

TÄTER UND OPFER

Mehr als eine Million Österreicher waren in die Wehrmacht eingezogen worden oder hatten sich zur SS gemeldet. Viele davon - wie der ehemalige Bundespräsident Waldheim nahmen, direkt oder indirekt, am Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion und den Wehrmachtverbrechen am Balkan teil. Nahezu 700 000 waren Mitglieder der NSDAP. Österreicher wie Ernst Kaltenbrunner oder Adolf Eichmann waren an zentralen Stellen der NS-Vernichtungsmaschinerie eingesetzt. Demgegenüber standen mehr als 60 000 österreichische jüdische Opfer, etwa 11 000 Sinti und Roma, zehntausende Opfer von Euthanasie. Etwa 25 000 ÖsterreicherInnen wurden als politische RegimegegnerInnen ermordet. Der organisierte und militärische Widerstand war nur marginal, die meisten Hingerichteten waren Opfer des weitverbreiteten Denuziantentums -es reichte vor allem gegen Ende des Krieges oftmals ein politischer Witz oder Abhören eines fremdländischen Senders. In breiten Teilen der österreichischen Bevölkerung wurde die Entnazifizierung nicht als notwendiger Prozess gesehen, sondern als Strafe der Sieger. Als 1947 ein neues Entnazifizierungsgesetz verabschiedet wurde, das nunmehr zwischen "belasteten" Nationalsozialisten und sogenannten "Mitläufern" unterscheiden sollte, stimmten diesem Gesetz nur 14% der Befragten zu, 24% lehnten es ab, 44% äußerten keine Meinung. 1948 forderten im Rahmen einer Befragung zur Amnestie für sogenannte "Minderbelastete" in den US-Zonen Wiens und Linz 25% eine Generalamnestie für alle ehemaligen Nazis - in Salzburg waren es 33%. Vor allem nach 1949 hatten weder SPÖ noch ÖVP die Intention an diesem dramatischen Zustand des Bewusstseins der Bevölkerung etwas zu ändern - im Gegenteil, von beiden Parteien begann eine notorische Reinwaschung der als

Spiegelgrund

"Wir wollen Alltagsgeschichte statt Herrschaftsgeschichte"

Passend zu unserem Schwerpunktthema (Seite 4 & 5) läuft noch bis 04.05. im Wiener Motiv-Kino die Filmdokumentation "Am Spiegelgrund" von Angelika Schuster und Tristan Sindelgruber. VORWÄRTS führte ein Gespräch mit Tristan Sindelgruber.

Vorwärts: Tristan, um was genau geht es in eurem Film?

T.S.: Es geht um Opfer des Euthanasieprogramms der NS-Zeit. Der Film ist dokumentarisch gehalten und läßt Opfer sowie Verwandte und Freunde von Opfern zu Wort kommen. Wobei wir uns bewußt auf 4 Personen begrenzt haben, einen geringeren Stellenwert haben die Beträge von Menschen, die sich seit Jahren mit der Thematik befassen. Unter anderem Dr. Werner Vogt, der 1979 von Dr. Heinrich Gross wegen Ehrenbeleidigung geklagt wurde. Vogt hatte damals auf einem Flugblatt

durchs ganze Deutsche Reich transportiert, viele landeten am Spiegelgrund, wo sie schließlich ermordet wurden. Es waren am Spiegelgrund auch nicht nur angeblich Behinderte, sondern sogenannte "asoziale Jugendliche", also Kleinkriminelle oder die "Schlurfs", Halbstarke, die den Nazis sehr kritisch gegenüber standen, und sich im Prater mit der HJ prügelten. Ohne das zu idealisieren, das war auch eine Form des Widerstandes. Unser Film handelt auch von Menschen, die scheinbar unspektakulär solchen Widerstand geleistet haben. Herr Roggenthien z.B. war selbst



Spiegelgrund, Pavillion 15. Der Todestrakt. Heute hübsch renoviert.

geschrieben, dass Dr. Heinrich Gross an der "Tötung mehrerer hundert angeblich geisteskranker Kinder mitbeteiligt" war. Gross klagte, aber verlor den Prozeß 1981. Es geht aber nicht nur um die Zeit von 1938 bis 1945, sondern auch um die Zeit von davor und danach. Eine der handelnden Personen ist Frau Antje Kosemund. Sie lebt in Hamburg und erforschte jahrzehntelang das Schicksal ihrer Schwester Irma, die 1943 von den "Alsterdorfer Anstalten" in Hamburg nach Wien deportiert und am Spiegelgrund ermordet wurde. Sie führte einen jahrzehntelangen Kampf dafür, dass die sterblichen Überreste ihrer Schwester nach Hamburg überstellt und beigesetzt werden.

Vorwärts: Ihre Schwester wurde von Hamburg nach Wien deportiert?

T.S.: Ja, das war ein Teil des Euthanasieprogramms der Nazis; Menschen wurden

"Pflegerling" in den Hamburger "Alsterdorfer Anstalten". Er lernte dort seine Freundin kennen, diese wurde später nach Wien deportiert. Er flüchtete aus der Anstalt schlug sich nach Wien durch und befreite seine Freundin vom Spiegelgrund. Antifaschistischen Widerstand gab es in unterschiedlichen Formen und auf unterschiedlichen Ebenen. Der Widerstand, von dem wir berichten, der wird halt kaum gewürdigt.

Vorwärts: Womit hängt es deiner Meinung nach zusammen, dass über manche Widerstandsformen kaum gesprochen wird?

T.S.: Generell wird wohl immer noch zu wenig darüber gesprochen. Aber nach 1945 ist es eben einigen Gruppen, die Widerstand geleistet haben, gelungen, Lobbys zu bilden. Es entstanden die K.Z.-Verbände, die Partisanenorganisationen,

es gab politische Unterstützung durch die Linke, durch die Sowjetunion, durch Israel usw.. Die Formen dieses Widerstandes paßten zu einer Art linkem Heldenmythos. Diesen Lobbys ist es nach harter Auseinandersetzung gelungen, eine gewisse Anerkennung für ihren Kampf zu erreichen. Das ist ja positiv, aber anderen ist das eben nicht gelungen.

Vorwärts: Warum?

T.S.: Für Linke ist ein Partisan eben ein Held, aber bei der Gesamtbevölkerung, vor allem im ländlichen Raum ist nicht einmal der Begriff Partisan positiv besetzt. Wie schaut's dann mit Menschen aus, die einem gewissen Stigma ausgesetzt sind. Wie schaut's dann aus mit Roma und Sinti, mit Schwulen, mit angeblich geistig Behinderten mit angeblich "Asozialen"? Jahre hat es gedauert bis man auch über Schwule gesprochen hat, bis man sich mit der Situation der Roma auseinandergesetzt hat. Da geht es ja nicht nur um die gesellschaftliche Anerkennung, sondern auch um die entsprechende finanzielle Entschädigung. Die Menschen in unserem Film haben es nach wie vor am schwersten. Wir wollten ganz bewußt ihre Geschichte erzählen, die meisten werden ja leider nicht mehr lange leben.

Vorwärts: Du bist ein sehr politischer Mensch, aber wie bist du gerade darauf gekommen, einen Film zu diesem Thema zu machen?

T.S.: Angelika und ich kommen aus der Jugendarbeit, Angelika war bei der mobilen Jugendbetreuung und ich war Hauptschullehrer. Ich habe das Lehramt in Geschichte und Deutsch gemacht und war zum Schluß in einer Integrationsklasse in Wien-Simmering. Ich habe bald gemerkt, dass ich mit dem klassischen Lehrplan bei den Kids, wenn es um die NS-Zeit geht, nicht durchkomme. Eine Integrationsklasse in einem Arbeiterbezirk heißt viele Kinder zu unterrichten, die in der NS-Zeit als "Asoziale" gelogget hätten. Wir wollten bei den Kids damit einen Nachdenkprozess auslösen. Und den Film halte ich sowieso für das geeignetste Medium, mit Büchern beeindruckt man nur wenige.

Vorwärts: Oft heißt es, politische Kunst

sei out bzw. es gäbe keine politischen KünstlerInnen mehr. Wie siehst Du das, bzw. wie politisch ist euer Film?

T.S.: Diese Kunst/Politikdebatte geht mir eher auf die Nerven; unser Film ist natürlich politisch. Wir haben bewußt nur die Opfer und die Betroffenen zu Wort kommen lassen, dadurch beziehen wir eine politischen Standpunkt. Wir wollten bewußt Alltagsgeschichte statt Herrschaftsgeschichte. Die Herrschenden sorgen schon dafür, dass ihre Geschichte geschrieben wird. Politische Künstler sollen die Geschichte der Beherrschten und deren Widerstandes erzählen.

Vorwärts: Es geht aber bei eurem Film doch auch um Dr. Gross?

T.S.: Unser Filmprojekt startete vor dem Grossprozeß. Der Fall Gross ist ein Symbol dafür, wie in Österreich die Täter versorgt und die Opfer möglichst entsorgt wurden. Schließlich verwendete er die sterblichen Überreste seiner Opfer auch nach 1945 für seine Forschungen. Es ist ja besonders peinlich, dass zu einem Zeitpunkt, als bereits ein psychiatrisches Gutachten bezüglich seiner Verhandlungsfähigkeit besprochen wurde, er selbst noch als Gutachter an Wiener Gerichten tätig war! Auch die ganze „Brauen Flecken“-Debatte von Gusenbauer ist verlogen. Wir haben, als wir Geld für unsern Film brauchten, alle SPÖ-Gliederungen, also auch SJ und VSSTÖ, angesprochen. Das einzige Ergebnis: wir bekommen noch heute die Auszeichnungen der Zukunftswerkstätte von Josef Cap. Wir haben uns auch an das Wissenschaftsministerium unter Dr. Einem gewandt. Schließlich hat das Wissenschaftsministerium ja auch Dr. Gross ausgezeichnet. Wir haben nie von denen Geld bekommen.

Vorwärts: Erhebt ihr in eurem Film konkrete Forderungen?

T.S. Der Film endet mit 3 Feststellungen: bis zur Fertigstellung des Filmes gab es keinen Prozeß gegen Dr. Gross, bis heute sind nur wenige der sterbliche Überreste der Opfer begraben, viele Opfer haben bis heute keine Entschädigung erhalten. Ein Journalist einer sogenannten Qualitätszeitung meinte, man könne das als Forderungen verstehen, er hat es richtig verstanden.

Echte Seife

Was hat Zlatko, den arbeitslosen Mechaniker, zum Star gemacht? Nichts, mensch durfte ihm ein paar Wochen beim Leben zuschauen. "Real Soap" (echte Seife) nennt sich das. Viel Geld bringt das - den TV-Anstalten und wohl auch Zlatko.

"AUTHENZITÄT" ALS PUBLIKUMSMAGNET

Geht es nach den Verantwortlichen ist vor allem die „Authenzität“, die Echtheit des Programms für den Erfolg verantwortlich. Was aber ist echt an einer Containerwohnung, aus der keine/r rausdarf, außer er/sie wird "gefeuert"? Was ist echt an einer Wohngemeinschaft, in der die BewohnerInnen dazu genötigt werden, sich gegenseitig rauszuwerfen? Nichts, die Show ist nichts als raffiniert inszeniertes "echtes Leben". Das Publikum durchschaut das, diese Tatsache hindert es aber nicht daran, zuzusehen.

ERGÖTZEN AN DEN UNTERLEGENEN

Dass gerade Zlatko zum polarisierenden Superstar avancierte, verrät schon einiges vom tatsächlichen Erfolgsgeheimnis der Show. Die vermeintlich Überlegenen, die sich überwiegend aus jüngeren und gebildeteren Schichten zusammensetzen, ergötzen sich am Banalen, an den vermeintlich Unterlegenen, die sich eben nicht dafür schämen, Shakespeare für einen Filmemacher zu halten.

FÜR GELD TU ICH ALLES

Dabei steht nicht im Vordergrund, ob das Geld wirklich derart dringend gebraucht wird oder nicht. Es geht darum, dass die ProtagonistInnen, aus welchen Gründen auch immer, es einfacher finden, ihr Geld dadurch zu verdienen, dass sie sich vor einem Millionenpublikum zum Trottel machen.

LINKE GEDANKEN ZU „BIG BROTHER“

Das "Recht auf Selbstentwürdigung" kann niemandem genommen werden. Was eine linke Bewegung allerdings anbieten kann, sind Werte, die zu interessanteren kulturellen Ausdrucksformen finden. Solidarität statt Freude an der vermeintlichen Überlegenheit zum Beispiel, das eigene Leben selbst in die Hand zu nehmen, statt einem inszenierten Leben anderer beiwohnen zu "müssen". Real Life hat doch mehr als "Real Soap".

Keine Abo-Karte mehr?



Du kannst uns auch fernmündlich bzw. fernschriftlich erreichen!

kalender + Veranstaltungskalender + Veranstaltungskalender + Veranstaltung

Die SLP-Treffpunkte:

WIEN-WEST: Jeden Dienstag um 19 Uhr Club International, 16, Payerg. 14
WIEN-MITTE: Jd. Mittwoch um 19 Uhr Amerlinghaus, 7, Stiftgasse 8
WIEN-SÜD: Jeden Freitag um 19 Uhr Hartikarnas, 5, Spengerg. 31
WIEN-NORD: Jeden Freitag um 20 Uhr "Ess'n&Trink'n", 20, Jägerstr. 38
GEWERKSCHAFTSSTAMMTISCH: Jeden 1. & 3. Montag im Monat, 19.30 Club International, 16, Payerg. 14
FRAUENSTAMMTISCH: (nur für Frauen) Jeden 2. & 4. Montag im Monat, 19.00 Amerlinghaus, 7, Stiftgasse 8

Die JRE-Treffpunkte:

SAP: Jeden Montag um 19.30 Uhr Grünes Lokal; 6, Eckertg./ Ecke Dürerg.
JRE: Jeden Montag um 19.00 Uhr

Die SLP-Veranstaltungen im März:

Orte und Beginnzeiten bitte den „SLP-Treffpunkten“ entnehmen.

3. MAI: „NEUWAHLEN UND PERSPEKTIVEN FÜR DEN WIDERSTAND“ MIT SYBILLE SUMMER VON DER DEMOKRATISCHEN OFFENSIVE **SLP-WIEN-MITTE**
12. MAI: „SOZIALISTISCHE POLITIK HIER & HEUTE!“ **SLP-WIEN-NORD**
15. MAI: „ÖGB - GEGEN BLAU-SCHWARZ?!“ **SLP-GEWERKSCHAFTSSTAMMTISCH**
22. MAI: „ALLTAGSEXISMUS: TAGTÄGLICHER SEXISMUS VON WITZEN BIS KÖRPERLICHER GEWALT BETRIFFT JEDE FRAU“ **SLP-FRAUENSTAMMTISCH**
23. MAI: „ZIVILDienst - KOMMT DAS ENDGÜLTIGE AUS. WER LEIDET DARUNTER UND WER PROFITIERT“ **SLP-WIEN-WEST**

.MAI: " SLP-WIEN-SÜD

Demonstrationen im Mai:

JEDEN DONNERSTAG: Demonstration gegen Blau-Schwarz, jeweils 19 Uhr, Ballhausplatz (jede Woche geht's durch andere Bezirke!)

Neuigkeiten

aus dem CWI

Nazi-freie Zonen in Schweden

Auch in Schweden steht der Kampf gegen die Neue Rechte ganz oben auf der Tagesordnung unserer Schwesterpartei, Rättvispartiet Socialisterna. Nach der Ermordung eines antifaschistischen Gewerkschafters durch Neo-Nazis letzten Oktober, hat RS die „Kampagne für eine Nazi-freie Zone Arbeitsplatz“ ins Leben gerufen. Gewerkschaftsgruppen und Belegschaften werden aufgefordert, Deklarationen gegen Rassismus und Faschismus zu verabschieden und sich auch sonst deutlich, zum Beispiel mittels Plakaten, als AntifaschistInnen zu deklarieren. Bereits mehr als 50 Belegschaften und Gewerkschaftsgruppen haben sich dieser Kampagne angeschlossen.

Streik 350 Meter unter Tag

Am 29. Februar begannen rund 50 streikende Bergarbeiter, die Kohlengrube „Kohinoor“ in der Tschechischen Republik zu besetzen. „Kohinoor“ soll geschlossen, alle Arbeiter entlassen werden. Die Besetzung ist mittlerweile beendet. Insgesamt befanden sich 560 Arbeiter dieser Mine im Streik. Trotz massiver Angriffe und Versuche, die Streikenden via Medien zu diskreditieren, ist die Unterstützung für deren Anliegen in der Bevölkerung enorm.

Unsere Schwesterorganisation Budoucnost organisierte gemeinsam mit den „Frauen der Streikenden“ eine Demonstration unter dem Titel „Arbeit und Löhne“. In der Tschechischen Republik sind rund eine 1/2 Million Menschen arbeitslos (10%), rund 100.000 ArbeiterInnen bekommen ihre Löhne nicht (regelmäßig) ausbezahlt. Budoucnost fordert die Verstaatlichung der Minen unter Arbeiterkontrolle, um die Arbeitsplätze zu garantieren und die Einführung der 35h-Woche, um die Arbeitslosigkeit zu mindern. Der Arbeitskampf endete mit vorläufigen Konzessionen. So soll vorerst „nur“ die halbe Belegschaft gefeuert werden.

Repression gegen Sozialisten

Der kasachische Sozialist und Arbeiterführer Ionur Kurmanov (Mitglied der GUS-Sektion des CWI) wird weiterhin von Staat, Polizei und Geheimdienst verfolgt. Saß er aufgrund seiner Unbeugsamkeit schon monatelang im Gefängnis (wir berichteten), wurde er nun erbeut von der Straße weg verhaftet, mit Drogen vollgepumpt und verurteilt. Er ist nach zwei Wochen mittlerweile wieder auf freiem Fuß. Darüberhinaus wurde eine mediale Hetzkampagne gegen ihn gestartet. Anlaß dafür war ein vor kurzem zu Ende gegangener Streik von 5.000 Arbeitern in Uralsk, den Ionur mit anderen Genossen führte. Wie in der Vergangenheit übten internationale Proteste genügend Druck auf die Behörden aus, einen Schritt zurück zu

Lateinamerika

Der Beginn einer Radikalisierung

Lateinamerikas Wirtschaft leidet noch immer unter den Nachwirkungen der Asienkrise(1998) und ihren internationalen Folgen. In manchen Staaten sind es sogar die schwersten Krisen seit einigen Jahrzehnten. Jetzt entwickelt sich massiver Widerstand gegen Neo-Liberalismus und Imperialismus.

FLORENTIN DÖLLER, SLP WIEN SÜD

Trotz einer Fülle von Beteuerungen bürgerlicher Kommentatoren befinden sich große Teile der lateinamerikanischen Wirtschaft in Stagnation und müssen teilweise sogar einen Rückgang des Wirtschaftswachstums verzeichnen. Grund ist u.a. die Kapitalflucht nach der Asienkrise und das weltweite Überangebot an Waren. Außerdem sind die meisten Länder Lateinamerikas von den extrem niedrigen Rohstoffpreisen betroffen, da sie stark abhängig vom Export von Primärprodukten sind. Wie Venezuela, dessen Bruttoinlandsprodukt zu 72,2% vom Erdöl abhängt. Volkswirtschaften wie Peru und Chile sind durch den Einbruch der Kupferpreise massiv geschwächt. Zusätzlich zu schweren wirtschaftlichen und daraus folgenden sozi-

alen Problemen, wie Massenarbeitslosigkeit, Armut und Elend, führen viele Regierungen Lateinamerikas neoliberale Politik durch. Diese Regierungen stehen in direkter Abhängigkeit vom Internationalen Währungsfonds bzw. der Weltbank, was letztlich eine Abhängigkeit vom US- Imperialismus bedeutet. Und diese haben natürlich kein Interesse an einer gleichmäßigen Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums.

KRISE DES KAPITALISMUS ?

Der Beginn des Aufstands der Massen wie in Venezuela, Bolivien oder Ecuador, zeigt eindeutig die Krise, in der sich der Kapitalismus befindet. Denn IWF, Weltbank & Co stoßen nun in den Ex-Kolonialländern und Ex-Semikolonialländern auf massiven Widerstand gegen neoliberale Spar- und Ausbeutungspoli-

tik, die mit Korruption und einer ungerechten Einkommensverteilung garniert ist.

Wegen der großen wirtschaftliche und sozialen Spannungen gibt es schon seit Jahren Massenbewegungen, die nun einen neuen Höhepunkt erreichen. Dies bietet Möglichkeiten für Populisten wie den Präsidentschaftskandidaten XY in Peru. Das diese wenn sie an die Macht kommen, einerseits unter dem Druck der Massen linke Maßnahmen setzen, andererseits aber keine wirkliche Alternative anbieten können, zeigt sich am Beispiel Chavez in Venezuela.

WEITERE ENTWICKLUNG ?

as wesentlich Hemmnis dieser Massenbewegungen ist das Fehlen eines subjektiven Faktors d.h. eine revolutionär-sozialistische Partei mit Massenbasis, die eine Bewegung jetzt oder in naher Zukunft zum Sturz dieses Systems führen kann. Diese Aufzubauen ist die Verantwortung von MarxistInnen.

Bittere Armut ist in Lateinamerika allgegenwärtig.

Bolivien und Ecuador

Massive Klassenkämpfe erschüttern derzeit Ecuador und Bolivien. Die Regierungen schwanken. Was diesen Bewegungen zur Durchsetzung einer gesellschaftlichen Alternative jedoch fehlt, ist ein klares revolutionäres Programm.

LAURA RAFETSEDER, SLP WIEN MITTE

In Ecuador begann ein Aufstand am 15. Jänner - ausgehend von Protesten der indigenen Landbevölkerung, schloßen sich bald in ganz Ecuador ArbeiterInnen an. Es gab einen Generalstreik, Massendemonstrationen und Straßenblockaden, die sich gegen die verheerenden sozialen Mißstände (75 % sind Arbeitslos oder unterbeschäftigt, über 50 % leben von weniger als einem Dollar pro Tag) und die neoliberale Politik der Regierung richten. Der Aufstand wurde von ganzen Teilen der Armee unterstützt. Traditionell steht das Militär bzw. Gruppen von Militärs, wegen seiner starken, radikal-bürgerlichen Tendenzen, in Lateinamerika immer wieder auf der Seite des Volkes und gegen die Herrschenden.

Eine der ersten Errungenschaften der Bewegung war die Errichtung eines Gegenparlaments, das die drei Grundpfeiler des bürgerlichen Staats - Exekutive, Legislative und Jurisdiktion - ablehnt und in Ansätzen Züge einer Rätedemokratie zeigt. Die herrschende Klasse war angesichts der Proteste in massiver Bedrängnis und von sich aus nicht in der Lage die Bewegung zu zerschlagen. Der Umschwung kam erst, als die Führung der Bewegung aus Alternativlosigkeit die Macht zurück in die Hände der alten Regierung legte. Trotz dieses Rück-

schriffs für die Bewegung ist diese keineswegs geschlagen und ist ein neuerliches Auflammen zu erwarten.

BOLIVIEN

Auch in Bolivien gab es Massendemonstrationen. Sie begannen gegen die von der reaktionären Regierung Hugo Banzers geplante Privatisierung der Wasserversorgung, die eine 40 prozentige Preiserhöhung bedeuten würde. Die Bewegung, getragen von Gewerkschaften, Studierenden und der Landbevölkerung, richtet sich vor allem gegen die Kooperation Banzers mit dem US-Imperialismus und multinationalen Konzernen. Die Regierung beantwortete die Proteste mit massiven Repressionen sowie gewalttätigen Ausschreitungen von Seiten des Militärs, drei Demonstranten kamen dabei ums Leben. Der Gewerkschaftsdachverband COB reagierte mit einem eintägigen Generalstreik Mitte April. Sogar der Polizeiapparat ist gespalten und schloß sich zu einem grossen Teil an. Sie fordern Lohnerhöhung und ein Ende der Korruption. Die Regierung ist unter massiven Druck, mußte Lohnerhöhungen zustimmen und die geplante Privatisierung zurücknehmen.

Aber wie in anderen Ländern fehlt noch eine entschlossene Führung. Solange der Widerstand kein klares Ziel, keine Perspektive und kein Programm hat, wird

Venezuela im Aufruhr!

Die Politik von Hugo Chávez, dem Präsidenten Venezuelas, drücken eine Linkswende in der venezuelanischen Gesellschaft aus. Die Veränderungen in Venezuela sind für Lateinamerika sehr bedeutend und stellen gleichzeitig eine große Herausforderung für die Linke dar.

FLORENTIN DÖLLER, SLP WIEN SÜD

Hintergrund der radikalen Umbrüche in Venezuela ist die Wirtschaftskrise von der ganz Lateinamerika betroffen ist. Die daraus verursachte Verelendung bedeutet, daß heute 80% der venezuelanischen Bevölkerung unter der offiziellen Armutsgrenze leben. Das heißt, daß sie von weniger als zwei Dollar pro Tag leben müssen.

Diese große Armut, die maßgeblich von der neoliberalen Politik des US-Imperialismus verursacht wurde, bildete die Basis von Protesten während der 90er Jahre, die die Basis für die Wahl von Chávez legten.

Nach seiner Wahl zum Präsidenten ließ er eine Verfassungsgebende Versammlung wählen bei der die KandidatInnen, der von Chávez geführten "Bewegung für eine fünfte Republik" (linke GewerkschafterInnen, sozialistische Gruppierungen, die Kommunistischen Partei und sozialen Bewegungen) 91 Prozent der Sitze erlangte. Die daraus folgende Verfassung ist zumindest auf dem Papier demokratisch und beinhaltet eine Reihe von fortschrittlichen Maßnahmen. Sie hat ein einziges Parlament geschaffen (statt Ober- und Unterhaus), dessen Abgeordnete in ihren Wahlkreisen jährliche Berichte ablegen müssen. Weiters beinhaltet die Verfassung einen freien



Zugang zum Gesundheitswesen, eine Sozialgesetzgebung und eine Forderung nach Bildung für alle. Für Öl-, Gasindustrie und das Rentensystem wurde die Privatisierung verboten. Das neue Arbeitsrecht sieht sowohl die Wahl der GewerkschaftsfunktionärInnen vor, als auch die Belohnung, die nicht über, die normaler Angestellten hinausgehen darf, um die stark von Korruption betroffene Gewerkschaftsbürokratie zu beenden.

WOHIN GEHT CHÁVEZ?

Chávez repräsentiert die Welle der Radikalisierung gegen Neoliberalismus und Imperialismus in Lateinamerika. Das darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß er keine sozialistische Perspektive hat. Er steht eindeutig auf dem Boden der Marktwirtschaft und betreibt lediglich eine Politik des "linken Populismus". Chávez jedenfalls hat selber kein Programm und wird sich abhängig von dem Druck in den er geraten wird, sowohl der Massen als auch des US-Imperialismus, in unterschiedliche Richtungen entwickeln. Jedenfalls sind die Erfolge von Chávez ein Vorbote von Massenbewegungen und Aufständen gegen Imperialismus und Neoliberalismus, die den ganzen Kontinent erfassen werden.

**WIDERSTAND GEGEN FPÖVP!
DEMONSTRATION**

Jd. Donnerstag 19.00 Ballhausplatz
Infos gibt's unter: 01-524 63 10

Zivildienstler schlagen

Alarm

Die gesellschaftliche Anerkennung des Zivildienstes war schon während der letzten - SPÖ geführten - Regierungen nicht besonders hoch. Das hat wohl auch viel mit der mangelnden Akzeptanz seitens der Politiker für jene Menschen, die am Rande der Gesellschaft stehen und auf soziale Hilfe durch Zivildienstleistende (ZDL) angewiesen sind, zu tun.

WOLFGANG FISCHER UND **PABLO HÖRTNER**

Bereits unter der SPÖ-geführten Regierung erhielten ZDL eine um 35% geringere Grundvergütung als Präsenzdiener (derzeit: Zivis 2358.-, PD 3189.-).



Regierung schlägt wieder auf sozial Schwache ein: Zivis, alte und kranke Menschen

abnehmen. Diese Überlastung wirkt sich auch direkt auf die auf Hilfeleistungen Angewiesenen aus; der Stress auf beiden Seiten führt zu einem Neuaufflammen des sogenannten Generationenkonflikts, zu einer erhöhten "Attraktivität" des Bundesheeres und der

Die Einsparungen betreffen in erster Linie von der Regierung nicht gewollte mittellose und nicht gewinnbringende Organisationen, wie z.B. Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstands (Haider im O-Ton: "Es wird die Zeit kommen, wo solche Historiker nicht mehr zeitgemäß sind!"), diverse Flüchtlingsbetreuungsstellen, Essen auf Rädern für Senioren, Betreuung behinderter Menschen (2.500 ZDL sind allein im Behindertenbereich tätig). Vor den Protesten hätten bei Caritas, Feuerwehr und Rotem Kreuz alle ZDL gestrichen werden sollen...

All diese Entwicklungen bedeuten drastische Leistungskürzungen. Stundenlanges Warten bei überbelegten (statt bisher kostenlosen) Krankentransporten sind nur eine Folge. Weiters erleichtert die Abschaffung von Flüchtlingsbetreuungsstellen die Anwendung von staatlichen, rassistisch motivierten Repressionen (Schubhaft, Abschiebung etc.). Aidshilfe, Homosexuellen- und Frauenstellen, "Dritte-Welt-Organisationen" und zahlreiche kleine Zeitschriften, sowie diverse Auslands- und Gedenkdienste sind ebenfalls betroffen. Zugleich erzeugt der Aufnahmestopp von ZDL eine noch größere Warteschleife. Momentan warten 17.000 auf ihren Zuweisungsbescheid, Tendenz stark steigend. Dies stellt einen massiven Eingriff in die Lebensplanung der jungen Menschen dar.

Sozialdiensten lautet hingegen das Motto "mehr privat - weniger Staat" - sprich der Staat stiehlt sich aus der Verantwortung und stellt weniger Geld - z.B. durch weniger Zivis - zur Verfügung. Dahinter stecken die Ideen der "Bürgergesellschaft" (so formulierte z.B. ÖVP Klubobmann Khol) - die soziale Dienste in Zukunft verstärkt von Hausfrauen und Arbeitslosen für ein symbolisches Taschengeld verrichten lassen wollen. Gleichzeitig verlängern sich dadurch die Wartezeiten für den Zivildienst - jungen Menschen, die wegen des Jobs nicht warten können, bleibt so nur mehr der Dienst mit der Waffe. Darüber hinaus werden Töne laut, Zivildienst und Milizheer gleich abzuschaffen - und dafür ein massiv aufgerüstetes Berufsheer einzuführen.

SCHLUß MIT AUSBEUTUNG DER ZIVIS!

Wir treten gegen jede Kürzung bei NGOs und sozialen Einrichtungen ein. Der Staat hat die Verantwortung, eine ausreichende Finanzierung dieser Organisationen sicherzustellen. Aber weder Präsenzdiener noch Zivis dürfen länger als Lückenbüßer mißbraucht werden: Volle demokratische und soziale Rechte für Präsenz- und ZDL. Wir fordern ÖS 13.000.- Mindestlohn netto bei sofortiger Einführung der 30-Stundenwoche statt ungeschützter Arbeitsverhältnisse und die zeitliche Angleichung von ZD und PD auf 8 Monate. Nur so kann der Einsatz von ZDL als Billig-Arbeitskräfte und Lohndrücker und die Spaltung von ZDL und PD verhindert werden. Notwendig wäre es, dass sich jene von den Regierungsmaßnahmen Betroffenen - NGOs, soziale Einrichtungen, ZDL und Langzeitarbeitslose - gemeinsam organisieren und die Widerstandsbewegung gegen diese Regierung ausweiten. Ein gemeinsamer Aktionstag aller Betroffenen - vielleicht am Aktionstag des ÖGB, um dessen Führung unter Druck zu setzen - wäre ein richtiges Zeichen! Wenn Du Zivildienstleistender bist oder

Wehret den Anfängen

Heuer jährt sich die Befreiung des Konzentrationslagers Mauthausen zum 55igsten Mal. Zu diesem Anlaß werden ehemalige KZ-Häftlinge, Angehörige und AntifaschistInnen aus ganz Europa zusammenkommen. Angesichts der neuen Regierung hat die diesjährige Befreiungsfeier besondere Bedeutung. Wie jedes Jahr werden Jugend gegen Rassismus in Europa und die SchülerInnenaktionsplattform gemeinsam nach Mauthausen fahren. Unter dem Motto „Gegen alte und neue Nazis - Wehret den Anfängen“. Wir fahren gemeinsam mit dem Bus nach Mauthausen (Unkostenbeitrag ÖS 50.-). Wenn Du am Sonntag den 7. Mai mit uns zu dieser Gedenkveranstaltung fahren möchtest melde Dich einfach unter 01- 524 63 10.

Die blau-schwarze Regierung setzt diese "Kahlschlag"-Politik in beschleunigtem Tempo fort: In Zukunft erhalten ZDL nur noch 43.- Essensgeld statt bisher 155.- pro Tag. Das sind im Monat 3.648.- Gesamteinkommen, statt zuvor 7.008.-. Der Zugang zur Wohnkostenbeihilfe sowie zu Alimenten für Kinder von unverheirateten ZDL wird weiter erschwert.

Kriegstreiber allgemein, sowie zu "offenen Stellen" für Arbeitslose, die quasi zu Gratis-Zwangsarbeit verpflichtet werden sollen. Strasser dazu: "Da kann man Langzeitarbeitslose viel besser einsetzen." („Der Standard“ vom 19.04.2000)

ANGRIFF AUF ANDERSDENKENDE

Dies steht in direktem Zusammenhang mit dem Programm der blauschwarzen Regierung, das zu verstärkter sozialer Ausgrenzung und einem rechteren Klima im Land führt (Teile und herrsche!). Die Kürzung von 1.500 ZD-Stellen für Juni und Oktober ist - neben der Streichung von Ermessensausgaben und billigen Posttarifen (betrifft Zeitungsverband, Fördergelder etc.) - existenzbedrohend für sämtliche Non-Profit-Organisationen (NPO), sowie für alte, kranke oder behinderte Menschen.

60 STUNDENWOCHE

Die Auslastung der ZDL geht zum Teil bis an die Grenzen der Zumutbarkeit (max. 60 Arbeitsstunden/Woche). Die Motivation der ZDL, als "Putzketten der Nation" ihre Arbeit zu verrichten, wird einerseits durch die Einsparung im Einkommen, andererseits durch die Reduzierung der ZDL für diverse Hilfsorganisationen und dem damit verbundenen Mehraufwand an Arbeit

NEIN ZU DEN REGIERUNGSPÄNEN!

Die Sozialistische Linkspartei (SLP) hat schon den Umstand bekämpft, daß ZDL als Lückenbüßer im sozialen System mißbraucht werden. Der Staat setzt sie dort als billige Arbeitskraft ein, wo man nicht in der Lage war, durch entsprechende Ausbildung und Entlohnung qualifiziertes Personal zu finden. Die Regierungspläne verstärken die Ausbeutung der Zivis weiter. Warum bei Organisationen gekürzt wird, die dieser Regierung kritisch gegenüberstehen, liegt auf der Hand: Sie sollen vernichtet werden. Bei den reinen

SLP GOES WORLD WIDE WEB!

Du findest unsere website unter:

www.slp.at

Unsere website geht dieser Tage ins Netz. Falls noch nicht alles perfekt sein sollte, bitten wir um Entschuldigung.

Die Sozialistische Linkspartei - Wer wir sind und was wir wollen:

- Nein zum Sozialabbau! Für Umverteilung von oben nach unten!
- Nein zur Sparpropaganda und Politik der Bürgerlichen! Geld ist genug da, es ist nur in den falschen Händen - bei Banken, Versicherungen, Großindustriellen und Großgrundbesitzern!
- Mindestlohn ÖS 13.000,- netto.
- Kampf der Arbeitslosigkeit - sofortige Einführung der 30-Stundenwoche bei vollem Lohn.
- Statt Kürzungen im Bildungsbereich eine Ausbildungsoffensive.
- Nein zur Wohnungsnot! Enteignung der Spekulanten!
- Für einen echten Kampf gegen Umweltzerstörung - Kampf dem Verursacher, der Profitwirtschaft. Nein zu „Öko“-Steuern, die nur ArbeitnehmerInnen und sozial Schwache treffen.
- Schluß mit der doppelten und dreifachen Ausbeutung von Frauen in Beruf und Familie.
- Entschlossener Kampf dem Rechtsextremismus und den rassistischen Gesetzen. Für die volle politische und soziale Gleichberechtigung aller in Österreich lebenden Menschen.
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben und Bisexuelle!
- Nein zu einem repressiven, rechtsextrem durchgesetzten Sicherheitsapparat, der das große Geld schützt. Nein zu Aufrüstung und Integration in Militärbündnisse (z.B. NATO).
- Für einen breiten Ausbau demokratischer und gewerkschaftlicher Rechte, v.a. im Jugend-, Arbeitnehmerschutz- und wirtschaftlichen Kontrollbereich.
- Nein zu Privatisierung und Zerschlagung des öffentlichen Sektors! Für die Vergesellschaftung der Schlüsselindustrie unter Kontrolle und Verwaltung der ArbeitnehmerInnen
- Nein zum kapitalistischen Chaos, das Verschuldung, Mißwirtschaft und Armut produziert. Für eine demokratisch geplante Wirtschaft.
- Nein zur kapitalistischen EU. Sozialismus international auf gleichberechtigter, demokratischer Grundlage.
- Wir wollen eine breite Opposition links von SPÖ und Grünen, eine Interessensvertretung für ArbeitnehmerInnen und Jugendliche in Betrieben, Gewerkschaften, Schulen und Unis mitaufbauen!
- Für eine neue internationale ArbeiterInnenbewegung!
- Eine Revolution ist nötig. Lediglich Reformen führen keine grundlegende Veränderung herbei. Die ArbeiterInnenbewegung und die Jugend müssen für den Bruch mit dem kapitalistischen Wirtschaftssystem und für den Sozialismus kämpfen.